



**Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa**

# **EU-INFORMATIONEN**

**Aktuelles aus Brüssel und Bremen**

**Ausgabe 6      August 2009**

**[www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)**

## Inhaltsverzeichnis

EMK und MPK .....	3
Stand der Arbeiten am Begleitgesetz in Umsetzung des BVerfG-Urteils zum Lissabon-Vertrag.....	3
Institutionelles .....	4
Europäisches Parlament hat sich neu konstituiert .....	4
Bremen und Europa .....	5
Dokumentation der Kampagne „Bremen wählt Europa“ jetzt erhältlich.....	5
Beschäftigung, Bildung und Soziales .....	6
EU-Arbeits- und Sozialminister/innen diskutieren die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungssituation .....	6
Aktuelle Beschäftigungssituation in der EU.....	7
Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Jahresbericht 2008 .....	7
Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa .....	8
Bericht zur Umsetzung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Geschlechter- diskriminierung am Arbeitsplatz .....	9
Grünbuch zur Mobilität junger Menschen.....	9
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung .....	10
Wechsel an der Spitze des Europäischen Forschungsrates (ERC) .....	10
ERC-Review-Bericht veröffentlicht.....	10
Gesundheit und Verbraucherschutz .....	11
Europäische Initiative gegen die Alzheimer Krankheit und andere Demenzerkrankungen.....	11
Informationsgesellschaft, Medien und Kultur .....	12
EU-Studien zur digitalen Entwicklung in Europa: Jugend nutzt soziale Netzwerke stark .....	12
Ausschuss der Regionen.....	12
80. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 17./ 18. Juni 2009 in Brüssel .....	12
Sitzung der Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“ .....	14
Redaktion .....	15
Bereich Europa.....	15

## EMK und MPK

### Stand der Arbeiten am Begleitgesetz in Umsetzung des BVerfG-Urteils zum Lissabon-Vertrag

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 30. Juni die Ratifizierung des EU-Reformvertrags durch die Bundesrepublik unter Auflagen gebilligt. Die Karlsruher Richter entschieden, dass das deutsche Zustimmungsgesetz zum Lissabon-Vertrag mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Das deutsche „Begleitgesetz“ sei jedoch verfassungswidrig, weil es weder dem Bundestag noch dem Bundesrat ausreichende Beteiligungsrechte zubillige. Die Ratifikationsurkunde der Bundesrepublik dürfe solange nicht hinterlegt werden, wie die erforderliche gesetzliche Ausgestaltung der parlamentarischen Beteiligungsrechte nicht in Kraft getreten sei.

Das Begleitgesetz soll nun noch vor Ablauf der Legislaturperiode den Vorgaben des Gerichts entsprechend überarbeitet werden. Die Entscheidung führt demnach voraussichtlich zu keiner weiteren Verzögerung bei der Ratifikation des Lissabon-Vertrages. Bei positivem Ausgang des Referendums in Irland am 2. Oktober (und den Unterschriften des polnischen und des tschechischen Präsidenten) könnte der Vertrag bis Ende des Jahres in Kraft treten.

Bereits Anfang Juli hatte die Europaministerkonferenz der Länder (EMK) vereinbart, unter Vorsitz von Baden-Württemberg in einer länderoffenen Arbeitsgruppe eine gemeinsame Position zur Reform zu erarbeiten. Am 31. Juli hat die EMK eine Einigung in folgenden zentralen Punkten erzielt:

- Die Arbeiten sollen so rechtzeitig beendet werden, dass Deutschland die Ratifikationsurkunde noch vor dem irischen Referendum am 2. Oktober 2009 hinterlegen kann.
- Die Rechte des Bundesrates sind auch in den Fällen, in denen kein Gesetz vom Bundesverfassungsgericht gefordert wird, zu wahren; es darf im Vergleich zum innerstaatlichen Gesetzgebungsverfahren zu keiner Schlechterstellung der Länder kommen.

Die bisherigen Verhandlungen der Länder mit den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD sind konstruktiv verlaufen. Gegenstand weiterer Gespräche, die auf Grundlage eines Gesetzesentwurfes der Bundestagsverwaltung erfolgen, sind zum einen Forderungen des Bundesrates nach einer weitergehenden verfahrensrechtlichen Gleichstellung gegenüber dem Bundestag, zum anderen Überlegungen, in welchem Umfang die (bislang nicht gesetzesförmlichen) Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in EU-Angelegenheiten zwischen Bundesregierung und Bundestag bzw. Bundesregierung und Ländern in ein Gesetz überführt werden sollen und ob dies auch mit (vom BVerfG nicht zwingend vorgeschriebenen) inhaltlichen Änderungen verbunden wird.

Geplant ist, das neue Begleitgesetz am 8. September im Bundestag und am 18. September im Bundesrat zu verabschieden.

Homepage der Europaministerkonferenz der Länder mit weiteren Informationen und Hintergrundmaterialien: [www.europaminister.de](http://www.europaminister.de)

## Institutionelles

### Europäisches Parlament hat sich neu konstituiert

Mit der Wahl des ehemaligen polnischen Regierungschefs Jerzy Buzek zum neuen Parlamentspräsidenten hat sich das Europäische Parlament am 14. Juli neu konstituiert. Jerzy Buzek erhielt im ersten Wahlgang 555 von 644 gültigen Stimmen, auf seine Gegenkandidatin, die schwedische Abgeordnete Eva-Britt Svensson, entfielen 89 Stimmen. Für die nächsten zweieinhalb Jahre steht damit nun erstmals ein Abgeordneter aus den 2004 beigetretenen mittel- und osteuropäischen Staaten an der Spitze der europäischen Volksvertretung.

Im Anschluss wurden die 14 Vizepräsidenten des EP gewählt, darunter im 3. Wahlgang die drei deutschen Abgeordneten Dagmar Roth-Behrendt (Progressive Allianz der Sozialisten und Demokraten S&D), Rainer Wieland (EVP) und Silvana Koch-Mehrin (ALDE).

Das Parlament zählt 736 Mitglieder, die in den 27 Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union gewählt wurden, und setzt sich aus sieben Fraktionen zusammen:

- Europäische Volkspartei (EVP),
- Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten im Europäischen Parlament (S&D),
- Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE),
- Grüne/ Freie Europäische Allianz (EFA),
- Europäische Konservative und Reformisten (ECR),
- Vereinigte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke (GUE/ NGL),
- Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD).

Von den 736 Abgeordneten ziehen viele zum ersten Mal in das europäische Parlament ein, so 41,4 % der 99 deutschen EU-Abgeordneten. Während Bremen in der vorherigen Legislaturperiode mit Karin Jöns (SPD) und Helga Trüpel (Bündnis 90/ Die Grünen) im Parlament vertreten war, wird nunmehr Helga Trüpel die einzige Bremer Abgeordnete im EU-Parlament sein. Sie wird dabei im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Kultur und Bildung vertreten sein.

Auch die 22 Ausschüsse des EP haben sich neu zusammengesetzt. Am 16. und 20. Juli 2009 wählten die MdEP die Ausschuss-Vorsitzenden und Vizevorsitzenden. Die Posten wurden dabei nach dem so genannten "D'Hondt-System" (proportionale Verteilung entsprechend der Größe der Fraktionen) verteilt. Während die mitte-rechtsgerichtete EVP neun, die Sozialdemokraten sechs und die Liberalen (ALDE) drei Vorsitze erhielten, übernahmen die Grünen und die ECR jeweils einen Vorsitz.

Die Kontrolle über die wirtschaftlichen Ausschüsse wurde dabei hauptsächlich der rechten Mitte zuteil: So haben die Liberalen den Vorsitz bei zwei Ausschüssen erlangt, die sich mit der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise beschäftigen werden (der deutsche liberale MdEP Wolf Klinz übernimmt den Vorsitz eines Sonderausschusses zur Krise, die britische MdEP Sharon Bowles wird Vorsitzende des Ausschusses über Wirtschafts- und Währungsfragen). Die EVP besetzt mit dem britischen Konservativen Malcom Harbour den Binnenmarkt- und Verbraucherschutz-

ausschuss (IMCO), während der deutsche Christdemokrat Herbert Reul den Industrieausschuss leiten wird.

Auch der Haushaltsausschuss, der von dem französischen Europaabgeordneten Alain Lamassoure geleitet wird, und der Ausschuss "Budgetkontrolle", bei dem das italienische ALDE-Mitglied Luigi De Magistris den Vorsitz übernimmt, bleiben in Händen der rechten Mitte.

Gabriele Albertini, ehemalige Bürgermeisterin von Mailand, wird den prestigeträchtigen Vorsitz des Ausschusses für Außenbeziehungen (AFET) erhalten.

Die Ausschüsse für Umwelt, Sozialfragen und bürgerliche Freiheiten wurden mit Abgeordneten aus dem sozialdemokratischen Lager besetzt. So wird der deutsche Abgeordnete der S&D, Jo Leinen, den Umweltausschusses (ENVI) leiten und Pervenche Berès, eine französische Sozialistin, den Vorsitz des Arbeits- und Sozialausschusses übernehmen.

Weitere Informationen zu den deutschen Abgeordneten und den Mitgliedern der Ausschüsse:

[http://www.europarl.de/view/de/parlament/Deutsche\\_Abgeordnete.html;jsessionid=53053A2D3BA17A753AFC30A6BA55EA91](http://www.europarl.de/view/de/parlament/Deutsche_Abgeordnete.html;jsessionid=53053A2D3BA17A753AFC30A6BA55EA91)

[http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress\\_page/008-58346-195-07-29-901-20090715IPR58345-14-07-2009-2009-false/default\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-58346-195-07-29-901-20090715IPR58345-14-07-2009-2009-false/default_de.htm)

## Bremen und Europa



7.6.2009: Wahlen zum Europäischen Parlament

### Dokumentation der Kampagne „Bremen wählt Europa“ jetzt erhältlich

Eine Dokumentation der bremischen Kampagne zur Wahl des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009 liegt vor. Die Dokumentation lässt noch einmal alle Veranstaltungen Revue passieren, enthält Informationen zum Unterstützerkreis und Pressespiegel und gibt Einblick in die Herausforderungen, die die Kampagne zu bewältigen hatte.

Mit der Dokumentation soll die durch die Kampagne entstandene Vernetzung und Kooperation mit „neuen“ Partnern für europapolitische Öffentlichkeitsarbeit sowie die große Bandbreite unterschiedlicher Veranstaltungsformate sichtbar gemacht werden.

Ziel ist es, diese intensive und kreative Zusammenarbeit für die zukünftige europapolitische Öffentlichkeitsarbeit in Bremen zu erhalten und weiterzuführen.

Die Dokumentation ist im EuropaPunktBremen als Broschüre erhältlich und kann unter folgender Website als pdf-Dokument herunter geladen werden:

<http://www.europa.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen60.c.1390.de>

## **Beschäftigung, Bildung und Soziales**

### **EU-Arbeits- und Sozialminister/innen diskutieren die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Beschäftigungssituation**

Auf einem informellen Treffen auf Einladung der EU-Ratspräsidentschaft Schwedens haben die EU-Minister im Juli 2009 in Jönköping ihre nationalen Strategien zur Bewältigung der Krise diskutiert. Informelle Ratstreffen haben Informations- und Austauschcharakter und dienen als politische Plattform, um spezifische Themen zu diskutieren und z. B. auch Experten zu bestimmten politischen Fragestellungen anzuhören. Politische Beschlüsse werden bei diesen Treffen in der Regel nicht gefasst.

Schweden hatte das Treffen unter das Motto "Förderung des Zugangs zu Beschäftigung durch integrativere Arbeitsmärkte und aktive Sozialpolitik" gestellt. Die EU-Minister und Ministerinnen diskutierten in drei Workshops folgende Fragen:

- "Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise durch Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung",
- "Wirksame Arbeitsmarktreformen" und
- "Aktive Sozialpolitik".

In das Plenum der EU-Arbeits- und Sozialminister war als Gastredner Prof. Richard B. Freeman (Universität Harvard und London School of Economics) eingeladen worden. In einem Vortrag zu den Auswirkungen der Finanzkrise plädierte er für eine verstärkte Finanzkontrolle und forderte die aktive Mitsprache der Arbeits- und Sozialexperten in Fragen der Finanzmärkte. Er vertrat die These, dass sich die Arbeitsmärkte wesentlich langsamer von der Krise erholen werden als die Finanzmärkte und die Wirtschaft. Notwendig seien Maßnahmen zur Förderung der Bildung und Ausbildung, der Gesundheitspolitik und der Beschäftigungssicherung (Kurzarbeit, Teilzeit); er forderte die Konzentration von politischen Initiativen auf junge Arbeitnehmer und Arbeitslose sowie auf Investitionen in Bildung und in „anständige“ Arbeit ("decent jobs").

Die deutsche Delegation wurde von Bundesarbeitsminister Scholz geleitet, der die nationalen Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung erläuterte, z.B. die Verlängerung der Kurzarbeit und den Ausbau von Qualifizierungsangeboten. Er unterstrich die Bedeutung der Qualifizierungsinitiativen auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Für Deutschland zeichne sich eine Situation ab, in der um 2015 einerseits von einem hohen Fachkräftemangel und andererseits weiterhin von Arbeitslosigkeit, insbesondere von einer langfristigen Arbeitslosigkeit von Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen, ausgegangen werde müsse.

Informationen zum informellen Treffen auf der Website der Schwedischen EU-Ratspräsidentschaft (englisch):

[http://www.se2009.eu/en/meetings\\_news/2009/7/8/informal\\_meeting\\_of\\_the\\_epsco\\_council\\_employment\\_and\\_social\\_affairs\\_ministers](http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/7/8/informal_meeting_of_the_epsco_council_employment_and_social_affairs_ministers)

### **Aktuelle Beschäftigungssituation in der EU**

Eurostat, das statistische Amt der EU, hat am 23. Juli 2009 aktuelle Zahlen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit März 2008 in den 27 Mitgliedstaaten vorgelegt. Diese Veröffentlichung ist die erste einer Reihe, die die Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt in Europa analysiert.

Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ist die Arbeitslosigkeit, die drei Jahre lang rückläufig war, seit März 2008 stark angestiegen. Die Zunahme zeigt sich in allen Mitgliedstaaten der EU, und zwar sowohl bei Männern und Frauen als auch bei jüngeren und älteren Personen, sie unterscheidet sich allerdings nach dem Zeitpunkt des Anstiegs und nach der Stärke der Zunahme in den einzelnen Mitgliedstaaten. Insgesamt sind Männer deutlich stärker betroffen als Frauen und jüngere Personen bekommen die Krise besonders zu spüren. Im ersten Quartal 2009 lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der EU für die 15- bis 24-Jährigen bei 18,3 % und war damit deutlich höher als die Gesamtarbeitslosenquote von 8,2 %. Insgesamt waren 5 Mio. Jugendliche arbeitslos.

Weitere Informationen:

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-23072009-BP/DE/3-23072009-BP-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-23072009-BP/DE/3-23072009-BP-DE.PDF)

[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-SF-09-053/EN/KS-SF-09-053-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-09-053/EN/KS-SF-09-053-EN.PDF)

### **Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Jahresbericht 2008**

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) wurde 2006 vom Europäischen Parlament und vom Rat eingerichtet, um Arbeitskräfte zu unterstützen, die aufgrund der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben. Seither sind von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten 22 Anträge über insgesamt mehr als 130 Mio. € gestellt worden. Diese Anträge bezogen sich auf Massenentlassungen in der Automobil-, der Mobiltelefon-, der Textil-, der Computer- und der Haushaltsgerätebranche und umfassten Maßnahmen für rd. 29.000 Arbeitskräfte in der EU.

Im Juni 2009 wurden die Vorschriften des EGF überarbeitet, um den Fonds zu einem wirksameren Instrument für das frühzeitige Eingreifen der EU zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu machen. Die geänderte EGF-Verordnung trat am 2. Juli 2009 in Kraft und wird auf alle seit dem 1. Mai 2009 eingegangenen und alle künftigen Anträge angewandt.

Der im Juli 2009 vorgelegte Bericht der Kommission über die Maßnahmen des EGF im Jahr 2008 gibt einen Überblick über die eingegangenen fünf Anträge, die Maßnahmen und über die Kosten und die bewilligten Mittel. Nach diesem Bericht haben 69 % der vom EU-Globalisierungsfonds unterstützten Arbeitskräfte (rd. 10.000) eine neue Beschäftigung gefunden. Dieser - nach 2007 - zweite EGF-Jahresbericht stellt fest, dass die EU-Staaten die Mittel des Fonds zunehmend in Anspruch nehmen. Außerdem wird dargelegt, wie sich die ersten EGF-Beiträge auf die Arbeitsuche der Entlassenen ausgewirkt haben.

Der vollständige Bericht der Kommission über die Tätigkeit des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung 2008 (KOM 2009, 394) ist zu finden unter: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=564&furtherNews=yes>

Weitere Informationen auf der EGF -Website: <http://ec.europa.eu/eqf>

### **Schlüsselzahlen zum Bildungswesen in Europa**

Die Europäische Kommission hat am 16. Juli 2009 einen Bericht vorgelegt, der sowohl die wichtigsten positiven Trends als auch die zentralen Herausforderungen für die Bildungssysteme in ganz Europa beschreibt.

Auf der positiven Seite sind unter anderem zu nennen: immer mehr Anmeldungen Vierjähriger an Vorschulen, ein markanter Anstieg der Studierendenzahlen an Hochschulen und ein allgemeiner Trend hin zu längeren Pflichtschulzeiten.

Zu den großen Herausforderungen zählt der demografische Wandel. Er führt in naher Zukunft dazu, dass es in Europa weniger Kinder im Schulalter gibt und in vielen Ländern – so auch in Deutschland - Lehrkräfte in erheblichem Umfang in den Ruhestand gehen und damit in naher Zukunft ein großer Lehrkräftemangel in bestimmten Bereichen zu befürchten ist. Darüber hinaus bestätigt der Bericht einen universellen Trend zu mehr Schulautonomie in Europa.

Der leider nur in englischer Sprache vorliegende Bericht sowie weitere Informationen dazu sind im Internet abrufbar unter:

[http://ec.europa.eu/education/news/news1543\\_de.htm](http://ec.europa.eu/education/news/news1543_de.htm)



## **Bericht zur Umsetzung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Geschlechterdiskriminierung am Arbeitsplatz**

Die EU-Kommission hat Ende Juli 2009 einen „Bericht über die Anwendung der Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen“ veröffentlicht.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die Durchführung der EU-Richtlinie bislang allgemein zufrieden stellend verlaufe, auch wenn noch nicht alle Mitgliedstaaten ihre Vorschriften an die EU-Anforderungen angepasst hätten. Er benennt die Hauptprobleme der Umsetzung und beschreibt bewährte Verfahren bei der Durchführung der Richtlinie in den Mitgliedstaaten.

Website der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit mit Link zum aktuellen Bericht der Kommission:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=571&furtherNews=yes>

## **Grünbuch zur Mobilität junger Menschen**

Die EU-Kommission hat am 8. Juli 2009 ein Grünbuch mit dem Titel „Die Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken fördern“ veröffentlicht. Sie möchte damit eine Debatte zu der Frage anstoßen, wie die Chancen junger Menschen, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten durch einen Auslandsaufenthalt zu erhöhen, weiter verbessert werden können.

Ein Auslandsaufenthalt zum Studieren, Lernen, Arbeiten und im Rahmen von Freiwilligentätigkeiten soll es jungen Menschen ermöglichen, „internationaler“ zu werden, damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu steigern und ihre persönliche Entwicklung voranzubringen. Auslandsaufenthalte sollen nicht mehr wie gegenwärtig eine Ausnahme bleiben, sondern ein selbstverständliches, europäisches Merkmal werden und allen jungen Menschen in Europa zugänglich sein.

Die Kommission startet mit diesem Grünbuch eine öffentliche Konsultation, die bis zum 15. Dezember 2009 dauern wird. Antworten können über einen Online-Fragebogen und in schriftlicher Form erfolgen.

Das Grünbuch sowie weitere Informationen dazu sind im Internet abrufbar unter (englisch):

[http://ec.europa.eu/education/focus/focus363\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/focus/focus363_en.htm)

## Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

### Wechsel an der Spitze des Europäischen Forschungsrates (ERC)

Am 1. Juli 2009 begann Prof. Andreu Mas-Colell (Spanien) seine Arbeit als Generalsekretär des Europäischen Forschungsrates (ERC) in Brüssel.

Der ERC wurde im Jahr 2006 gegründet. Für seine siebenjährige Laufzeit ist ein Budget von 7,5 Mrd. € vorgesehen. Die Idee für seine Gründung entstand aus der Forderung der europäischen Wissenschaftler, Studenten und Forschungsdachverbände nach einer europaweit einheitlichen Struktur zur Unterstützung einer qualitativ hohen Grundlagenforschung in Europa. Bereits bei der Gründung des ERC waren die Generalsekretäre für die Jahre 2007 – 2011 gewählt worden. Prof. Winnacker (Deutschland) übernahm das Amt für die Dauer von Februar 2007 bis Juli 2009, Prof. Mas-Colell wird von Juli 2009 bis Dezember 2011 Generalsekretär sein. Vor seinem Amtsantritt war Prof. Andreu Mas-Colell u.a. katalanischer Wissenschaftsminister, Vorsitzender der Barcelona Graduate School of Economics und lehrte als Wirtschaftsprofessor an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona. Er etablierte eine Reihe von Forschungsinstituten, Forschungsinfrastrukturen und eine öffentlich geförderte Stiftung (ICREA) zur Rekrutierung internationaler Spitzenforscher.

Prof. Mas-Colells Vorgänger Prof. Ernst-Ludwig Winnacker wird künftig als Generalsekretär der International Human Frontier Science Program Organization in Straßburg tätig sein.

Weitere Informationen zum ERC (englisch): <http://erc.europa.eu/>

### ERC-Review-Bericht veröffentlicht

Das von der EU-Kommission mit der Überprüfung von institutioneller Struktur und Arbeitsweise des Europäischen Forschungsrates (ERC) beauftragte Review Panel hat am 23. Juli 2009 seinen Bericht veröffentlicht. Grundsätzlich wird die Einrichtung einer wissenschaftlich unabhängigen, pan-europäischen Fördereinrichtung zur Unterstützung der Grundlagenforschung ("frontier research") von dem Gremium begrüßt. Besonders positiv hervorzuheben sei einerseits die breite politische Unterstützung, auch von Seiten der EU-Kommission, als auch die Unabhängigkeit des wissenschaftsgetriebenen Förderverfahrens von politischer Einflussnahme. Sowohl die Besetzung des Scientific Council des ERC als auch die Förderentscheidungen sollten deshalb auch weiterhin allein auf der Basis wissenschaftlicher Exzellenz getroffen werden. Zur Verbesserung der Arbeitsweise des ERC schlägt das Review Panel folgende Verbesserungen vor:

Im Sinne einer kohärenteren Organisationsstruktur sollten die Aufgaben des Generalsekretärs und des Agenturdirektors in einem Amt zusammengelegt werden. So könne - zusammen mit verstärkter Rekrutierung von Wissenschaftlern für administrative Aufgaben in der Agentur - die bisherige Trennung von wissenschaftsgetriebener Programmgestaltung und administrativer Implementierung überwunden werden. Um den geförderten Forschern mehr Flexibilität in der Projektimplementierung zu geben, sollten anstelle von Förderverträgen mit detaillierten Berichts- und Rechenschaftspflichten die Grants als Pauschalsummen ausbezahlt

werden. Zur Förderung der Transparenz sollte ein Unterkomitee des Scientific Council die Auswahl der Gutacher übernehmen und eine eigene Gutachterdatenbank aufbauen. Gleichzeitig sollten die Sitzungsprotokolle des Scientific Council in Zukunft veröffentlicht werden. Das Panel schlägt eine weitere Evaluierung der strukturellen Entwicklung des Europäischen Forschungsrats in zwei Jahren vor. Sollte diese negativ ausfallen, solle die Organisationsform des ERC in eine Artikel 171-Struktur überführt werden.

Unter Vorsitz von Frau Professorin Vaira Vike-Freiberga, ehemalige Staatspräsidentin Lettlands, nahm das mit hochrangigen Wissenschaftlern international besetzte Panel seine Arbeit Anfang des Jahres auf. Deutsches Mitglied ist Prof. Dr. Lars-Hendrik Röller, Präsident der European School of Management and Technology (Berlin) sowie Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt Universität Berlin.

Der vollständige Evaluierungsbericht ist im Internet abrufbar unter:  
[http://erc.europa.eu/PDF/final\\_report\\_230709.pdf](http://erc.europa.eu/PDF/final_report_230709.pdf)

## **Gesundheit und Verbraucherschutz**

### **Europäische Initiative gegen die Alzheimer Krankheit und andere Demenzerkrankungen**

Die EU-Kommission hat mit ihrer Mitteilung vom 23. Juli 2009 konkrete Vorschläge zur Bekämpfung von Alzheimer und anderen neurodegenerativen Erkrankungen veröffentlicht. Mit dieser Initiative wird auch ein Ziel der 2007 verabschiedeten EU-Gesundheitsstrategie verfolgt, die u. a. ein gesundes und würdevolles Altern für europäische Bürger und Bürgerinnen erreichen möchte.

Nach Angaben der Kommission sind derzeit europaweit rd. sieben Mio. Bürger und Bürgerinnen an Alzheimer und anderen neurodegenerativen Störungen erkrankt; in den nächsten 20 Jahren wird sich die Zahl vermutlich sogar noch verdoppeln. Ziel der Kommissionsinitiative ist es, durch koordinierte Maßnahmen in den Mitgliedstaaten effiziente Vorsorge-, Diagnose-, Behandlungs- und Pflegeangebote sicher zu stellen und die wachsende Kostenbelastung durch diese Erkrankungen besser zu kontrollieren und die Würde der Erkrankten zu wahren.

Text der Mitteilung:

[http://ec.europa.eu/health/ph\\_information/dissemination/documents/com2009\\_380\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/health/ph_information/dissemination/documents/com2009_380_de.pdf)

## Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

### EU-Studien zur digitalen Entwicklung in Europa: Jugend nutzt soziale Netzwerke stark

Die Europäische Kommission hat Anfang August 2009 zwei Berichte zur digitalen Entwicklung in Europa veröffentlicht. Bei der Breitband- und der Mobilfunknutzung sieht die Kommission Europa gegenüber den USA und Japan vorn. Junge Europäer nutzen "fortgeschrittene Dienste" wie soziale Netzwerke doppelt so stark wie der Durchschnitt.

2008 nutzten 56 % der Europäer regelmäßig das Internet, das ist ein Zuwachs um ein Drittel gegenüber 2004. 66 % aller Europäer unter 24 Jahren nutzten 2008 das Internet täglich gegenüber einem EU-Durchschnitt von 43 %. Sie kennen sich im Internet auch viel besser aus als die übrige Bevölkerung, wie aus der Kommissionsstudie über digitale Kompetenzen hervorgeht.

Die unter 24-Jährigen zahlen für den Download und das Ansehen von Online-Inhalten wie Videos und Musik nur ungerne. 33 % gaben an, dazu nicht bereit zu sein. Tatsächlich für Internet-Inhalte Geld ausgegeben haben aber bereits 10 % der jungen Nutzer, während es im EU-Durchschnitt über alle Altersgruppen hinweg nur 5 % waren.

Die jetzt vorgelegten Berichte beziehen sich auch auf die „i2010-Strategie“, die 2005 von der Kommission veröffentlicht und vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten der EU verabschiedet wurde. Die Strategie sollte den Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) unterstützen und die EU-Wettbewerbsfähigkeit auf diesem Gebiet stärken; sie läuft 2009 aus.

Informationen zum EU-Bericht „Digitale Wettbewerbsfähigkeit“ (englisch):

[http://ec.europa.eu/information\\_society/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item\\_id=5146](http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=5146)

Jahresbericht zur Umsetzung der „i2010-Strategie“ (englisch):

[http://ec.europa.eu/information\\_society/eeurope/i2010/docs/annual\\_report/2009/sec\\_2009\\_1060\\_vol\\_1.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/annual_report/2009/sec_2009_1060_vol_1.pdf)

## Ausschuss der Regionen

### 80. Plenartagung des Ausschusses der Regionen am 17./18. Juni 2009 in Brüssel

Auf der 80. Plenartagung des Ausschusses der Regionen (AdR) wurden zehn Stellungnahmen und zwei Entschlüsse verabschiedet. Als Gastredner waren Kommissar Louis Michel, zuständig für Entwicklung und humanitäre Hilfe, und der schwedische Minister für Kommunal- und Finanzmarktfragen Mats Odell geladen.

Kommissar Louis Michel appellierte in seiner Rede an die Vertreter der Städte und Regionen Europas, in die Entwicklungshilfe zu investieren. In Zeiten schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, in denen einige Staaten versucht sein könnten, ihre Entwicklungshilfe einzuschränken, sei ein wachsendes Engagement der Ge-

bietskörperschaften in diesem Bereich zu begrüßen und zu unterstützen. Er kündigte an, dass die EU-Kommission und der AdR im Dezember 2009 zu einer „Jahrestagung der dezentralen Zusammenarbeit“ einladen werden, auf der die lokalen Akteure der EU und der Entwicklungsländer zusammenkommen, um über die Wirksamkeit der europäischen Entwicklungshilfe zu diskutieren.

Minister Odell gab einen Überblick über die Schwerpunkte der schwedischen Ratspräsidentschaft. Dabei stellte er die Bekämpfung des Klimawandels, die Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen Krise und die Förderung des E-Government in den Vordergrund. Er betonte, dass die Krise auch eine Chance für Veränderungen darstelle. So gehörten die Reform der Aufsichtsregelungen für Finanzmärkte und die Reform des Vergütungsrahmens für Manager zu den Schlüsselprioritäten der schwedischen Ratspräsidentschaft. Abschließend sprach er sich für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei und Kroatiens aus, wies aber zugleich auf das Erfordernis weiterer Bemühungen der beiden Länder hin.

Die beiden vom AdR verabschiedeten Entschlüssen befassen sich mit den Themen „Klimawandel: Auf dem Weg nach Kopenhagen“ und „Europäische Maßnahmen zur Bewältigung in der Automobilindustrie“.

In seiner „Entscheidung zum Klimawandel: Auf dem Weg nach Kopenhagen“ ersucht der AdR die EU nachdrücklich, ihre Anstrengungen auf höchster politischer Ebene zu intensivieren, um die weltweite Allianz gegen den Klimawandel voranzubringen und den Abschluss von Klimaschutzabkommen mit ehrgeizigen, transparenten und rechtlich verbindlichen Reduktionszielen im Anschluss an Kyoto sicherzustellen.

In seiner „Entscheidung zu den europäischen Maßnahmen zur Bewältigung der Krise in der Automobilindustrie“ äußert der AdR seine Besorgnis über die territorialen Auswirkungen dieser Krise, die die Automobilindustrie in der EU insgesamt treffen und für die Regionen unterschiedliche Folgen haben. Er fordert, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei den Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Unterstützung der Automobilindustrie stärker konsultiert werden, z. B. durch ihre Beteiligung an einem konstruktiven Dialog mit Automobilherstellern, Zulieferern, Arbeitnehmerorganisationen sowie nationalen oder europäischen Behörden.

Zu einer der im Rahmen der 80. Plenartagung verabschiedeten Stellungnahmen – Neue Impulse zur Bekämpfung des Rückgangs der Artenvielfalt – waren fünf Bremer Änderungsanträge eingereicht worden. Die Anträge wurden nach vorhergehender Verhandlung mit dem Berichterstatter René Souchon (FR/SPE) in Form von Kompromissen vom Plenum angenommen. So wird nun im endgültigen Text u. a. darauf hingewiesen, dass neben der Aufstockung der Haushaltsmittel für auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Programme auch die Bewilligungsverfahren vereinfacht werden müssen.

Bei Interesse können die verabschiedeten Stellungnahmen und Entschlüssen unter [meike.pecat@europa.bremen.de](mailto:meike.pecat@europa.bremen.de) per Email angefordert werden.

## Sitzung der Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“

Am Rande der 80. AdR-Plenartagung kamen die Mitglieder der Intergroup „Nordsee-Ärmelkanal“ unter Vorsitz von Dr. Hermann Kuhn (MdB) am 18. Juni 2009 zusammen, um mit zwei Gastrednern über das Thema „Klimawandel“ zu diskutieren. Als erster Gastredner stellte AdR-Mitglied Henning Jensen (DK/SPE) die Schwerpunkte seines Stellungnahmeentwurfs zum Weißbuch „Anpassung an den Klimawandel: Ein europäischer Aktionsrahmen“ vor. Er verwies auf die Tatsache, dass der Klimawandel nicht vor geografischen, organisatorischen oder administrativen Grenzen halt mache. In Anbetracht des zu erwartenden Anstiegs des Meeresspiegels, der Zunahme der Stürme und der dadurch verursachten Sturmfluten seien integrierte Pläne für die Küsten unverzichtbar. Daher sollten Mittel für die Durchführung eines integrierten Küstenschutzes und eines integrierten Küstenzonenmanagements bereitgestellt werden.

Im Anschluss präsentierte der zweite Gastredner, Thomas Dux, Generaldirektion MARE der EU-Kommission, die wesentlichen Ergebnisse der aktuellen Studie „The economics of climate change adaptation in EU coastal areas“. Er führte aus, dass die Ausgaben für den Küstenschutz nach Schätzungen in den Jahren 1998 – 2015 voraussichtlich 15,8 Mrd. € betragen würden:

- Nordsee: 7,6 Mrd. €
- Mittelmeer: 5,8 Mrd. €
- Atlantik: 1,2 Mrd. €
- Ostsee: 0,7 Mrd. €
- Schwarzes Meer: 0,3 Mrd. €
- „Outermost Regions“: 0,2 Mrd. €

85 % dieser Kosten würden von fünf Mitgliedstaaten (IT, NL, DE, UK, ES) getragen. Sog. „Hot Spots“ seien London, Venedig und die Niederlande.

Die Intergroup-Mitglieder einigten sich abschließend darauf, das nächste Mal am Rande der 81. AdR-Plenartagung zusammen zu kommen, die vom 5. bis 8. Oktober 2009 im Rahmen der OPEN DAYS stattfindet.

**Redaktion**

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Meike Pecat  
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa  
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit  
Ansgaritorstr. 22  
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-14079  
Fax: +49 421 496-14079  
E-Mail: [Meike.Pecat@europa.bremen.de](mailto:Meike.Pecat@europa.bremen.de)  
Internet: [www.europa.bremen.de](http://www.europa.bremen.de)

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

**Bereich Europa**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
<b>Christian Bruns</b> Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Büro Brüssel</b>		
<b>Hélène Tabourot</b> Sekretariat	+32 2 230 2765	<a href="mailto:Vertretung@Bremen.be">Vertretung@Bremen.be</a>
<b>Marta Giammario/Eva Berling</b> Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	<a href="mailto:Giammario@Bremen.be">Giammario@Bremen.be</a>
<b>Dr. Frank Castenholz</b> Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	<a href="mailto:Castenholz@Bremen.be">Castenholz@Bremen.be</a>
<b>Gerlind Schütte</b> Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	<a href="mailto:Schuette@Bremen.be">Schuette@Bremen.be</a>
<b>Renate Lürssen</b> Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	<a href="mailto:Luerssen@Bremen.be">Luerssen@Bremen.be</a>
<b>Dr. Martina Hilger</b> Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	<a href="mailto:Hilger@Bremen.be">Hilger@Bremen.be</a>
<b>Constanze Ripke</b> Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	<a href="mailto:Ripke@Bremen.be">Ripke@Bremen.be</a>
<b>Torsten Raff</b> Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	<a href="mailto:Raff@Bremen.be">Raff@Bremen.be</a>
<b>Büro Bremen</b>		
<b>Anja Braun</b> Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	<a href="mailto:Anja.Braun@europa.bremen.de">Anja.Braun@europa.bremen.de</a>
<b>Meike Pecat</b> AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+49 421 361-14079	<a href="mailto:Meike.Pecat@europa.bremen.de">Meike.Pecat@europa.bremen.de</a>
<b>Hans-Joachim Schröder</b> EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref., Dienstaufsicht am Bremer Sitz der Abteilung	+49 421 361-8532	<a href="mailto:Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de">Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de</a>
<b>Dr. Katja Eichler</b> Europapol. Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- bez. Lehrerfortbildung, Fortbildung z. Verbesserung d. Europafähigkeit d. bremischen Verwaltung	+49 421-361-10841	<a href="mailto:Katja.Eichler@europa.bremen.de">Katja.Eichler@europa.bremen.de</a>
<b>Horst Seele-Liebetanz</b> Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung	+49 421 361-8995	<a href="mailto:Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de">Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de</a>
<b>Heide-Lore Swiecikowski</b> Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	<a href="mailto:Heide.Swecikowski@europa.bremen.de">Heide.Swecikowski@europa.bremen.de</a>
<b>Claudia Elfers</b> Konzeption der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	<a href="mailto:Claudia.Elfers@europa.bremen.de">Claudia.Elfers@europa.bremen.de</a>